

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 20/1404 –

Sicherung der Lebensmittelversorgung – Energiesicherheit im Notfallplan Gas und Gewährleistung von ausreichenden Düngemitteln für die Landwirtschaft

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Krieg in der Ukraine hat die Preissteigerungen im Energiebereich nochmals deutlich verschärft. Es steigen aber nicht nur die Energiepreise, sondern die Energieversorgung an sich gerät ins Wanken. Die Ankündigung von Wladimir Putin, russische Gaslieferungen künftig nur in Rubel abzurechnen, nährt die Befürchtung, dass Russland bald die Lieferungen von Gas auch nach Deutschland stoppen könnte. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck die Frühwarnstufe im Notfallplan Gas ausgelöst.

Gemäß Notfallplan Gas gehört die Landwirtschaft zu den geschützten Bereichen, allerdings nur bis zu einem Verbrauch von 10 000 kWh/Jahr. Damit wären energieintensivere Betriebe in der Landwirtschaft, aber auch in der Lebensmittelproduktion oder in anderen für die Lebensmittelproduktion notwendigen Industriezweigen nicht mehr geschützt, weil der Verbrauch deutlich höher ist. Hierzu gehören beispielsweise Futtermittelhersteller, Hafermühlen, Stärkehersteller, Wurst- und Fleischerzeuger, Molkereibetriebe, Zuckerfabriken, Unterglasbetriebe, Bäckereien, die auf Gas umgestellt haben, oder die Düngemittel-produzierende Industrie.

Sollte es zu einem Importstopp von russischem Erdgas kommen, drohen massive Verwerfungen, die auch die Nahrungsmittelproduktion in Deutschland einschränken werden.

1. Wie lange ist nach Einschätzung der Bundesregierung die Gasversorgung nach einem russischen Lieferstopp in Deutschland noch gesichert?

Die Bundesregierung geht aktuell davon aus, dass die Gesamtversorgung mit Gas bis Ende des Sommers beziehungsweise Anfang des Herbstes 2022 bei einem kurzfristigen und längeren Ausfall aller russischen Gasimporte physisch sichergestellt werden kann. Dies setzt voraus: maximale Auslastung europäischer Flüssigerdgas-Terminals (LNG-Terminals), Gesamtsystemstabilität, keine Versorgungsengepässe beziehungsweise schwere Gasmangellagen in EU-Nachbarstaaten.

2. Welche Auswirkungen hätte nach Ansicht der Bundesregierung ein Lieferstopp der Erdgaslieferungen aus Russland für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft?

Viele Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft (z. B. Molkereien, Schlachthöfe, Mühlen sowie Bäckereien) sind zwingend auf die Versorgung mit Gas angewiesen, um Lebensmittel beziehungsweise Futtermittel herstellen zu können. Für Deutschland bestehen bislang keine grundsätzlichen Probleme für die Versorgungslage, aber die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Märkte sind auch hier spürbar. Bei einem Lieferstopp der Erdgaslieferungen aus Russland ist mit weiteren Preissteigerungen sowie Engpässen in der Versorgung bei einzelnen Lebensmitteln zu rechnen. Insgesamt ist die Versorgung mit Lebensmitteln in Deutschland aber weiterhin gesichert.

3. Welche Bereiche in der produzierenden Landwirtschaft, im Lebensmittelhandwerk, in der Lebensmittelproduktion und in den für die Agrarproduktion notwendigen Industriezweigen wären von einem Lieferstopp betroffen?
13. Welche Alternativen sieht die Bundesregierung, um die Produktion bei den landwirtschaftlichen Unternehmen, die einen Verbrauch von mehr als 10 000 kWh/Jahr haben, zu sichern?

Die Fragen 3 und 13 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Falle einer schweren Gasmangellage stellt die Bundesregierung den nationalen Notfall fest. Als Notstandsgesetz sieht das Energiesicherungsgesetz (EnSiG) die Umsetzung von Maßnahmen vor, um die lebensnotwendige Versorgung mit Energie sicherzustellen. Dabei wird die Bundesnetzagentur zum Bundeslastverteiler. Der Bundeslastverteiler kann nicht geschützte Kunden in Deutschland mittels Verfügungen (Verwaltungsakten) auffordern, ihren Gasverbrauch einzustellen. Grundlage der Verwaltungsakte sind Abwägungen und Betrachtungen zu Folgewirkungen der Bundesnetzagentur.

Der Bundeslastverteiler berücksichtigt bei der Aufforderung zur Abschaltung die Auswirkungen reduzierter oder ausbleibender Gasversorgung auf den laufenden und zukünftigen Betrieb der Unternehmen. Die Entscheidungen des Bundeslastverteilers beruhen auf dem Verhältnismäßigkeitsprinzip, mit dem Ziel, die Belastung jedes einzelnen Unternehmens in einer Krisensituation möglichst gering zu halten. Es handelt sich hierbei stets um Einzelfallentscheidungen unter Heranziehung von Abwägungsgründen, basierend auf der aktuellen Versorgungssituation. Relevante Kriterien für eine Entscheidung des Bundeslastverteilers könnten zum Beispiel die soziale Relevanz des produzierten Gutes, die verursachten Folgekosten einer Reduzierung oder Abschaltung oder weitere volkswirtschaftliche Kosten sein. Vorgefertigte Priorisierungslisten zu Abschaltungen o. Ä. existieren nicht. Dementsprechend können keine pauschalen Aussagen zur Betroffenheit von für die Agrarproduktion notwendigen Industriezweigen getroffen werden.

4. Welche Auswirkungen hätte nach Ansicht der Bundesregierung ein Lieferstopp der Erdgaslieferungen aus Russland speziell für die energieintensiven Unterglasbetriebe?

Von einer Gasmangellage wären überwiegend Zierpflanzen- und Gemüsebau-Unterglasbetriebe betroffen. Im Bezugsjahr der letzten Gartenbauerhebung 2015 wurden rund 21 Prozent der im Unterglasgartenbau benötigten Heiz-

energie mit Erdgas erzeugt. Rund 1.020 Betriebe verbrauchten geschätzt 58,8 Mio. m³ Erdgas. In der Statistik wird nicht nach den Sparten Zierpflanzen und Gemüse differenziert. Besonderes Augenmerk gilt der Gemüse-Jungpflanzenproduktion, da diese die Voraussetzung für einen Teil der umfangreichen Freilandgemüseproduktion im Sommer und Herbst bildet.

Insgesamt werden die Auswirkungen als mäßig bis gering eingeschätzt, da ein erheblicher Teil der Produktion mit anderen Heizstoffen als Gas erfolgt. Sofern die Versorgung mit wärmebedürftigen Gemüsearten aus dem EU-Raum weiter gegeben ist, dürfte sich der Ausfall der deutschen Gemüseproduktion unter Glas vor allem in Preissteigerungen äußern.

5. Welche Auswirkungen hätte die Anwendung des Notfallplans Gas auf den Selbstversorgungsgrad mit Obst und Gemüse innerhalb Deutschlands?

12. Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass im Notfallplan Gas die Sicherung von Energie für Unternehmen im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft, einschließlich der energieintensiven Futtermittelhersteller, Hafermühlen, Stärkehersteller, Wurst- und Fleischerzeuger, Molkereibetriebe, Zuckerfabriken, Unterglasbetriebe im Gartenbau, auch über einen Verbrauch von 10 000 kWh/Jahr hinaus gewährleistet wird?

Die Fragen 5 und 12 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Gasversorgung in Deutschland ist derzeit ohne Einschränkungen gesichert. Sollte es infolge des Krieges in der Ukraine zu einer Gasmangellage kommen, greift in Deutschland der Notfallplan Gas. Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz hat am 30. März 2022 die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas ausgerufen. Dieser Schritt ermöglicht zunächst marktbasierende Maßnahmen der Versorgungsunternehmen zur Stabilisierung der Gasversorgung. Erst wenn diese Maßnahmen nicht ausreichen, um die Gasversorgung zu stabilisieren, kann durch hoheitliche Maßnahmen die Gasversorgung von Unternehmen eingeschränkt werden, um geschützte Kunden nach § 53a des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), wie z. B. Krankenhäuser, weiter versorgen zu können. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass nicht in § 53a EnWG genannte Unternehmen insgesamt von der Versorgung abgeschnitten würden. Die Bundesnetzagentur als Bundeslastverteiler wird vielmehr eine umfassende und der Lage angemessene Abwägung unter Wahrung des Verhältnismäßigkeitsprinzips treffen und versuchen, die Belastung jedes einzelnen Unternehmens so gering wie möglich zu halten. Eine Abschaltung kommt immer nur als „Ultima Ratio“ in Betracht.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) arbeitet eng mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zusammen, um sicherzustellen, dass sich die Bundesnetzagentur rechtzeitig mit der besonderen Bedeutung der Kritischen Infrastruktur Ernährung für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung auseinandersetzt. Damit wird eine angemessene Berücksichtigung der besonderen Bedeutung der Land- und Ernährungswirtschaft für die Sicherstellung der Grundversorgung mit Lebensmitteln gewährleistet. Ferner wird auf die Antwort zu den Fragen 3 und 13 verwiesen.

6. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Selbstversorgungsgrad mit Düngemitteln in Deutschland und in den Staaten der EU?

Ein Selbstversorgungsgrad für Düngemittel wird nicht berechnet, weil in den meisten Staaten aus Gründen der statistischen Geheimhaltung keine vollständigen Produktionsdaten verfügbar sind. Anhand der Außenhandelsdaten kann jedoch der Handelsstatus eines Staates aufgezeigt werden, sodass deutlich wird, ob für den betreffenden Staat bei Saldierung von Import- und Exportmengen ein Einfuhrbedarf besteht oder netto Düngemittel exportiert werden. Auf die Anlage wird verwiesen.

7. Wie viele Tonnen Düngemittel importieren Deutschland und die EU aus Russland?

Die folgende Übersicht zeigt die Angaben zu den Importmengen für die Hauptnährstoffe.

Importe von Düngemitteln aus Russland in Tonnen Produktgewicht

| | 2019 | 2020 | 2021 |
|-----------------------|------------------------------|-----------|-----------|
| | Deutschland | | |
| Stickstoffdüngemittel | 104 413 | 111 425 | 120 885 |
| Phosphatdüngemittel | – | – | – |
| Kalidüngemittel | – | 995 | 2 125 |
| Mehrnährstoffdünger | 67 267 | 81 387 | 86 633 |
| | EU (jeweiliger Gebietsstand) | | |
| Stickstoffdüngemittel | 2 479 670 | 1 644 391 | 1 998 785 |
| Phosphatdüngemittel | – | 44 | 66 |
| Kalidüngemittel | 740 660 | 1 020 882 | 762 214 |
| Mehrnährstoffdünger | 2 859 510 | 2 510 389 | 2 619 644 |

Anm.: 2021 vorläufig.

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. Eurostat

8. Wie würde sich nach Einschätzung der Bundesregierung ein Stopp der Düngemittelherstellung in Deutschland auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland auswirken?

Wegen der internationalen und innereuropäischen Verflechtungen am Düngemittelmarkt lässt sich zur Frage keine gesicherte Einschätzung treffen. Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

9. Wie würde sich ein Stopp der russischen Düngemittelexporte auf den Selbstversorgungsgrad der deutschen und europäischen Landwirtschaft mit Düngemitteln sowie auf den Selbstversorgungsgrad mit landwirtschaftlichen Produkten auswirken?

Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Reserven und Vorräte bei Düngemitteln in Deutschland und in der EU (bitte nach EU-Mitgliedstaat aufschlüsseln)?

Für das Angebot auf dem deutschen Düngemittelmarkt spielen Lieferungen aus Russland in mengenmäßiger Hinsicht nur eine untergeordnete Rolle. Ein direkter Einfluss von russischen Düngemittelexporten ist für die Düngemittelversorgung in Deutschland nicht zu erwarten. Wegen des global vernetzten Düngemittelmarkts würde das fehlende russische Angebot aber dazu führen, dass sich

die bisherigen Kunden Russlands umorientieren müssen und damit im Wettbewerb um das insgesamt knappere Düngemittelangebot stehen, was weitere Preissteigerungen und ggf. Engpässe bei der Versorgung nach sich ziehen wird.

Die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist in Deutschland derzeit aus Sicht der Bundesregierung stabil und gesichert. Dies ist jedoch unter anderem auch abhängig vom Witterungsverlauf bis zur Ernte.

Der Bundesregierung liegen keine Informationen über Reserven und Vorräte bei Düngemitteln in Deutschland und der EU vor.

10. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in anderen EU-Mitgliedstaaten bzw. OECD-Staaten eine nationale Reserve für Düngemittel oder andere landwirtschaftliche Betriebsmittel, und wie hoch fällt diese aus?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

11. Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung des Aufbaus einer nationalen oder europäischen Reserve für Düngemittel?

Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation erscheint der Aufbau einer nationalen oder europäischen Reserve für Düngemittel nicht zielführend. Hierdurch würde eine zusätzliche Nachfrage nach Düngemitteln induziert. Insgesamt wären dadurch negative Auswirkungen auf das Preisniveau von Düngemitteln und deren Verfügbarkeit zu erwarten. Zudem müssten geeignete Lagermöglichkeiten geschaffen beziehungsweise bei der Wirtschaft vorhandene Lagerkapazitäten angemietet und der Zugriff staatlicher Stellen auf angelegte Reserven sichergestellt werden. Das Marktrisiko würde letztlich auf den Staat verlagert. Die Bundesregierung sieht vor diesem Hintergrund keine Veranlassung für Eingriffe in den Düngemittelmarkt.

14. Wie wird die Bundesregierung jene Unternehmen, die einen Verbrauch von mehr als 10 000 kWh/Jahr haben, bei einer Einschränkung der Gasversorgung finanziell unterstützen?

Die Bundesregierung arbeitet mit Hochdruck an den notwendigen Programmen, um die negativen Folgen für Unternehmen abzufedern. Wichtig ist es, die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in der Krise zu stärken.

Anlage

Außenhandel der EU-Mitgliedstaaten mit Düngemitteln* 2021

in Tonnen Produktgewicht

| | Stickstoffdüngemittel | | Phosphatdüngemittel | |
|--------------|-----------------------|-----------|---------------------|---------|
| | Import | Export | Import | Export |
| Belgien | 3.089.865 | 4.579.917 | 58.132 | 58.661 |
| Bulgarien | 613.889 | 491.835 | 40.082 | 113.471 |
| Tschechien | 797.618 | 641.905 | 19.393 | n. v. |
| Dänemark | 635.418 | 98.733 | 7.765 | n. v. |
| Deutschland | 2.792.142 | 3.171.367 | 37.487 | 65.292 |
| Estland | 357.416 | 227.193 | 34 | n. v. |
| Irland | 904.488 | 10.238 | 12.160 | n. v. |
| Griechenland | 393.203 | 122.195 | 13.799 | 177 |
| Spanien | 1.760.277 | 1.321.771 | 12.401 | 368.726 |
| Frankreich | 4.927.156 | 690.835 | 298.661 | 24.634 |
| Kroatien | 120.932 | 511.610 | 3.606 | 28 |
| Italien | 1.259.496 | 321.496 | 71.589 | 19.967 |
| Zypern | 6.128 | n. v. | n. v. | n. v. |
| Lettland | 478.659 | 107.980 | n. v. | n. v. |
| Litauen | 539.332 | 2.026.119 | 3.889 | 413 |
| Luxemburg | 98.321 | n. v. | n. v. | n. v. |
| Ungarn | 1.018.255 | 511.929 | 16.875 | 1.587 |
| Malta | 1.295 | n. v. | n. v. | n. v. |
| Niederlande | 1.458.754 | 6.592.144 | 149.059 | 161.893 |
| Oesterreich | 422.831 | 4.028 | 12.297 | n. v. |
| Polen | 1.309.016 | 2.030.977 | 38.940 | 87.075 |
| Portugal | 297.898 | 225.450 | 14.365 | 17.908 |
| Rumänien | 1.298.956 | 239.900 | 239.814 | 406 |
| Slowenien | 136.876 | 44.016 | 1.584 | 158 |
| Slowakei | 424.645 | 1.282.901 | n. v. | n. v. |
| Finnland | 166.531 | 78.937 | 590 | n. v. |
| Schweden | 639.846 | 358.025 | 75 | 330 |

| | Kalidüngemittel | | Mehrnährstoffdünger** | |
|--------------|-----------------|-----------|-----------------------|-----------|
| | Import | Export | Import | Export |
| Belgien | 1.553.928 | 409.092 | 539.922 | 1.900.027 |
| Bulgarien | 14.534 | 782 | 409.499 | 152.632 |
| Tschechien | 113.552 | 5.679 | 156.780 | 47.014 |
| Dänemark | 122.999 | 11.588 | 344.541 | 131.559 |
| Deutschland | 194.844 | 4.314.239 | 737.463 | 525.051 |
| Estland | 32.584 | 51.815 | 216.876 | 89.599 |
| Irland | 171.683 | 1.195 | 528.619 | 7.076 |
| Griechenland | 74.729 | 1.414 | 253.890 | 255.575 |
| Spanien | 355.137 | 771.491 | 1.199.795 | 734.113 |
| Frankreich | 827.777 | 11.082 | 1.472.001 | 191.167 |
| Kroatien | 69.571 | 3.209 | 163.130 | 91.658 |
| Italien | 414.701 | 18.554 | 638.546 | 402.023 |
| Zypern | 76 | n. v. | 28.255 | n. v. |
| Lettland | 47.546 | 3.480 | 284.137 | 81.544 |
| Litauen | 96.391 | 18.735 | 772.628 | 1.271.779 |
| Luxemburg | n. v. | n. v. | 13.822 | 6.328 |
| Ungarn | 153.955 | 11.950 | 458.660 | 67.599 |
| Malta | 1 | n. v. | 546 | n. v. |

| | Kalidüngemittel | | Mehrnährstoffdünger** | |
|-------------|-----------------|---------|-----------------------|-----------|
| | Import | Export | Import | Export |
| Niederlande | 720.511 | 393.856 | 428.150 | 1.103.089 |
| Oesterreich | 77.137 | 26.713 | 90.489 | 23.348 |
| Polen | 1.103.616 | 23.711 | 1.076.249 | 855.136 |
| Portugal | 87.391 | 8.715 | 223.925 | 220.579 |
| Rumänien | 90.657 | 9.283 | 887.205 | 202.454 |
| Slowenien | 1.646 | 224 | 186.757 | 100.003 |
| Slowakei | n. v. | 186 | 148.833 | 5.605 |
| Finnland | 18.447 | 3 | 176.917 | 56.029 |
| Schweden | 126.716 | 170.722 | 320.766 | 13.591 |

*) Mineralische oder chemische Düngemittel

***) Solche, die als Hauptbestandteil Stickstoff, Phosphat oder Kali enthalten

Quelle: Statistisches Bundesamt für D, Eurostat für übrige Mitgliedstaaten

